

## **Bürgerbeteiligung ja - aber wie?**

Kolumne von Dipl.-Ing. Univ. Helmut Schütz, 1. Vizepräsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau

Die Proteste gegen „Stuttgart 21“ haben Gesellschaft und Politik aufgeschreckt und dazu geführt, dass das Thema Bürgerbeteiligung deutlich an Stellenwert gewonnen hat. Sind Großprojekte der Infrastruktur heute überhaupt noch umsetzbar und ist es möglich, durch breitere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger grundlegende Akzeptanz für solche Vorhaben herzustellen?

Von erfahrenen Planern wird man hören, dass Bürgerbeteiligung spätestens seit Beginn der 80er Jahre dazu gehört. Man gehe doch immer wieder in Gemeinderäte und Bürgerversammlungen und stelle die Planung dort ausgiebig vor. Die Frage ist nur, ob hier nicht Bürgerbeteiligung mit Bürgerinformation verwechselt wird.

Die aktuellen Diskussionen zeigen, dass viele Menschen gerade eine frühzeitige Partizipation an grundsätzlichen Entscheidungsfindungen vermissen. Viele haben das Gefühl, Planungen für Großprojekte erst dann vorgestellt zu bekommen, wenn diese fix und fertig auf dem Tisch liegen. Dass die Bereitschaft der Planungsträger, nach jahrelangen Planungen mit sehr hohem Kostenaufwand noch grundsätzliche Änderungen vorzunehmen, gering ist, liegt auf der Hand. Oft werden dann die „fertigen“ Planungen auf Biegen und Brechen verteidigt. Viele Bürgerinnen und Bürger spüren dabei, dass allein das Äußern von Anregungen vom Planungsträger als Angriff auf seine Kompetenz empfunden wird. Davon müssen wir uns lösen!

Der 20. Bayerische Ingenieuretag der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau widmete sich im Januar dem Thema „Öffentliches Bauen – Bauen für alle?!“ Die Reden der Referenten, die interessante Impulse zur Problematik erhalten, wurden soeben veröffentlicht und können unter [www.bayika.de](http://www.bayika.de) nachgelesen werden.

Infrastrukturprojekte haben naturgemäß auch negative Auswirkungen wie Lärm, Abgase und Verlust von Gewohntem. Einstimmige Akzeptanz für ein Großvorhaben wird deswegen auch durch größere Beteiligung der Öffentlichkeit nicht erzielt werden können. Planungsträger sollten sich aber in jedem Fall rechtzeitig darum bemühen, eine grundsätzliche gesellschaftliche Akzeptanz für ihr Vorhaben herzustellen.

Die Autobahndirektion Südbayern hat von 2009 bis 2011 einen sog. „Planungsdialog“ zum Ausbau der A 8 durchgeführt. Der Planungsdialog setzte in einem sehr frühen Stadium noch vor Beginn der eigentlichen Planung ein. Eingebunden waren die betroffenen Landkreise und Gemeinden sowie Verbände und Initiativen. Diskutiert wurde über Trassenverschiebungen, Einpassung der Autobahn in die sensible Voralpenlandschaft, Lärmschutz und grundsätzliche Fragen des Autobahnquerschnittes bzw. der Art des Ausbaus. Natürlich ist es bei solchen Dialogen notwendig, Spielräume vorzugeben, innerhalb welcher sich die Diskussionen bewegen können. Andernfalls besteht die Gefahr, dass der Dialog in einem nicht bezahlbaren Wunschzettel endet. Für die technische und wirtschaftliche Prüfung eingegangener Anregungen wurden allein externe Planungsaufträge für immerhin 1,2 Millionen Euro vergeben.. Abschluss des Dialogs war ein Vorschlag, der nun den weiteren Planungen zugrunde liegen soll. Auch wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden können, beurteilen die Teilnehmer den erfolgten Planungsdialog insgesamt als positiv.

Solche Planungsdialoge könnten ein Ansatz für die Zukunft sein. Auch die neuen Möglichkeiten von Meinungsbildung und -austausch über Social Media sollten Planende nicht als Bedrohung sehen, sondern als Chance, in einen Dialog einzutreten. So können aktuelle Informationen zum Planungsstand transparent kommuniziert werden. Gleichzeitig lassen die Äußerungen der Bürger Tendenzen erkennen, wo sich Probleme auftun könnten.

Planende sollten sich noch stärker in die Bürger hineinversetzen, deren Wünsche und Sorgen ernst nehmen, offen für deren Meinung sein und aufgeschlossen auf diese zugehen. Erst wenn sie diese Haltung verinnerlicht haben, wird es möglich sein, aus der Verteidigungshaltung heraus und in einen echten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern einzutreten. Das wird bei künftigen Großprojekten unverzichtbar sein.